

FICHE AMENDEMENT

Proposition d'amendement à l'Article:

Artikel I-17: Flexibilitätsklausel

Déposée par Monsieur: **Joachim Wuermeling**

Qualité: **Suppléant**

<i>Texte du Praesidium</i>	<i>Amendement proposé</i>
<p>(1) Erscheint ein Tätigwerden der Union im Rahmen der in Teil III festgelegten Politikbereiche erforderlich, um eines der Ziele dieser Verfassung zu verwirklichen, und sind in dieser Verfassung die hierfür erforderlichen Befugnisse nicht vorgesehen, so erlässt der Rat einstimmig auf Vorschlag der Kommission und nach Zustimmung des Europäischen Parlaments die geeigneten Vorschriften.</p> <p>(2) Die Kommission macht die nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten im Rahmen des Verfahrens zur Kontrolle des Subsidiaritätsprinzips nach Artikel I-9 Absatz 3 auf die Vorschläge aufmerksam, die sich auf den vorliegenden Artikel stützen.</p> <p>(3) Aufgrund des vorliegenden Artikels erlassene Bestimmungen dürfen keine Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten in den Fällen beinhalten, in denen eine solche Harmonisierung nach der Verfassung ausgeschlossen ist.</p>	<p>(1) Erscheint ein Tätigwerden der Union im Rahmen der in Teil III festgelegten Politikbereiche erforderlich, um eines der Ziele dieser Verfassung zu verwirklichen, und sind in dieser Verfassung die hierfür erforderlichen Befugnisse nicht vorgesehen, so erlässt der Rat einstimmig auf Vorschlag der Kommission und nach Zustimmung des Europäischen Parlaments die geeigneten Vorschriften, <u>deren Geltungsdauer auf drei Jahre zu begrenzen ist.</u></p> <p>(2) Die Kommission macht die nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten im Rahmen des Verfahrens zur Kontrolle des Subsidiaritätsprinzips nach Artikel I-9 Absatz 3 auf die Vorschläge aufmerksam, die sich auf den vorliegenden Artikel stützen.</p> <p>(3) Aufgrund des vorliegenden Artikels erlassene Bestimmungen dürfen keine Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten in den Fällen beinhalten, in denen eine solche Harmonisierung nach der Verfassung ausgeschlossen ist.</p>

Begründung:

Begründung: Art. I-17 Abs. 1 weitet den Anwendungsbereich der umstrittenen derzeitige Generalklausel Art. 308 EGV über den Gemeinsamen Markt hinaus generell auf die Erreichung der Vertragsziele aus. Dies wird mitgetragen, um es durch die Flexibilitätsklausel zu erlauben, auf unvorhergesehene Notfälle reagieren zu können. Allerdings sollte dann zumindest die Geltungsdauer solcher Maßnahmen befristet werden. Die vorgeschlagene Geltungsdauer von 3 Jahren würde es erlauben, fehlende Rechtsgrundlagen zu schaffen, falls eine solche Maßnahme dauerhaft für notwendig gehalten wird.